

PRESSEMITTEILUNG #558-11.04.2023

Birte Pauls:

## **Wir brauchen mehr Aufklärung und eine bessere Betreuung rund um die Geburt!**

In Bezug auf die Entwicklungen der Kaiserschnitttrate in Schleswig-Holstein hat die SPD-Landtagsfraktion eine Kleine Anfrage (Drs. 20/871) gestellt. Die Antworten des Ministeriums für Justiz und Gesundheit kommentiert die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Die Anzahl von Kaiserschnitten stieg in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren stetig, und zwar in fast allen Krankenhäusern. Mittlerweile sind wir bei einer landesweiten Kaiserschnitttrate von 33%. In einigen Kliniken wurden 2021 sogar knapp 40% aller Geburten per Kaiserschnitt durchgeführt. Dies ist eine erschreckende Steigerung, der die Landesregierung gegensteuern muss.

Es beginnt bei finanziellen Fehlanreizen. Derzeit gibt es mehr Geld für einen Kaiserschnitt als für eine normale Geburt. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Darüber hinaus bedarf es mehr Aufklärung rund um die Geburt und umfassende Informationsangebote. Frauen müssen in der Schwangerschaft frühzeitig über mögliche Folgen von Kaiserschnitten aufgeklärt werden. Physische aber auch psychische Folgen für Mütter und Säuglinge werden dabei viel zu wenig betrachtet und oft wird die organisatorische Planbarkeit in den Vordergrund gestellt. Zudem braucht es dringend gute Rahmenbedingungen rund um die Geburt im Krankenhaus. Durch die Arbeitsverdichtung haben Hebammen und auch Ärzte zu viele Gebärende gleichzeitig zu versorgen. Aber es braucht mehr Zeit und Ruhe für jede einzelne Geburt und dafür braucht es mehr Personal. Kliniken mit hebammengeleiteten Kreißsälen zeigen, dass es auch anders geht. Hier ist die Kaiserschnitttrate deutlich unter dem Durchschnitt.

In der Kleinen Anfrage an die Landesregierung habe ich gefragt, ob die Landesregierung das Ziel einer 1-zu-1-Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt teilt, so wie es in der „S3-Leitlinie Vaginale Geburt am Termin“ empfohlen wird. Hier verweist das Land, wie so oft, auf den Bund. Ich erwarte eine deutlich klarere Positionierung von Ministerin von der Decken und einen entschlossenen Einsatz zur Umsetzung der 1-zu-1-Betreuung. Damit dieser Schlüssel umgesetzt werden kann, müssen die Rahmenbedingungen für Hebammen wesentlich verbessert werden. Laut Umfragen kommen sie gerne in den Beruf zurück, wenn sie mit originärer Hebammentätigkeit betraut werden. Das neue Studium sollte den Hebammen einmal mehr die Möglichkeiten geben, in der Primärversorgung tätig zu werden und die Frauen frühzeitig zu begleiten und zu informieren.

Unterm Strich zählt eins: Wir brauchen mehr Aufklärung und eine bessere Betreuung rund um die Geburt und die Stärkung des Hebammenberufes - auch in der Primärversorgung.“